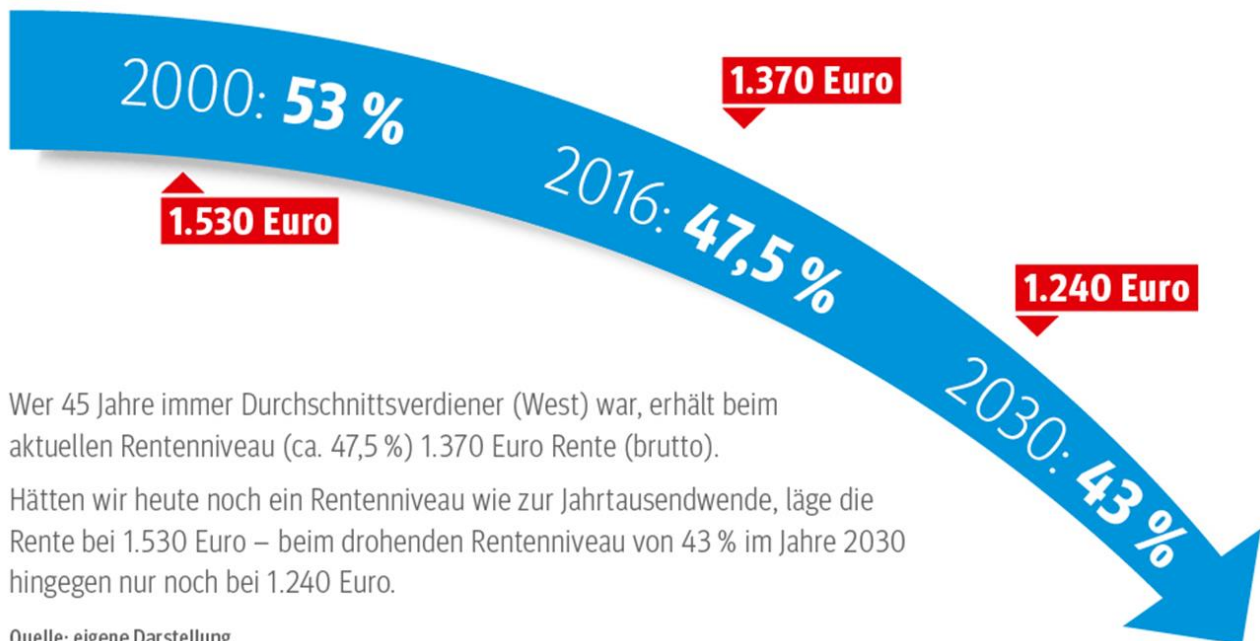




30.01.2017

Unsere Stellungnahme zur Rentenpolitik

Ist so ein würdevolles Leben im Alter möglich?



Wer 45 Jahre immer Durchschnittsverdiener (West) war, erhält beim aktuellen Rentenniveau (ca. 47,5 %) 1.370 Euro Rente (brutto).

Hätten wir heute noch ein Rentenniveau wie zur Jahrtausendwende, läge die Rente bei 1.530 Euro – beim drohenden Rentenniveau von 43 % im Jahre 2030 hingegen nur noch bei 1.240 Euro.

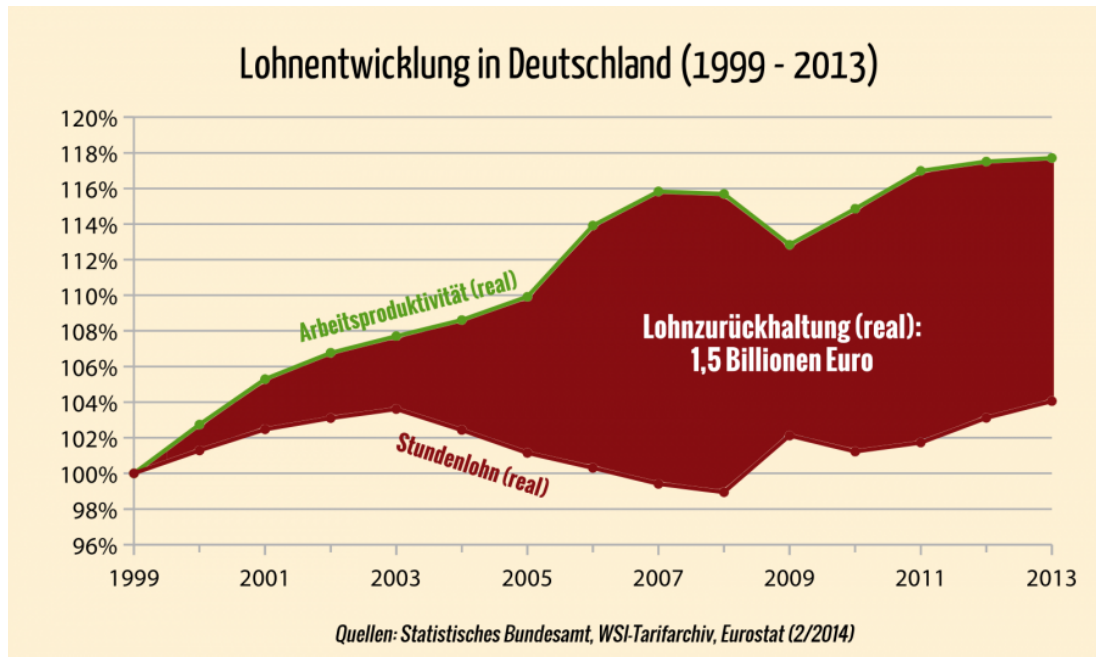
Quelle: eigene Darstellung

Aus: IG Metall, Broschüre „Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung“, 2016.

**Es gibt keinen Verteilungskampf zwischen Jung und Alt ...
... sondern nur einen zwischen Arm und Reich!**

Die gesetzliche Rente ist finanzierbar ...

... durch gerechtere Steuerpolitik bzw. Beteiligung am Volkseinkommen:



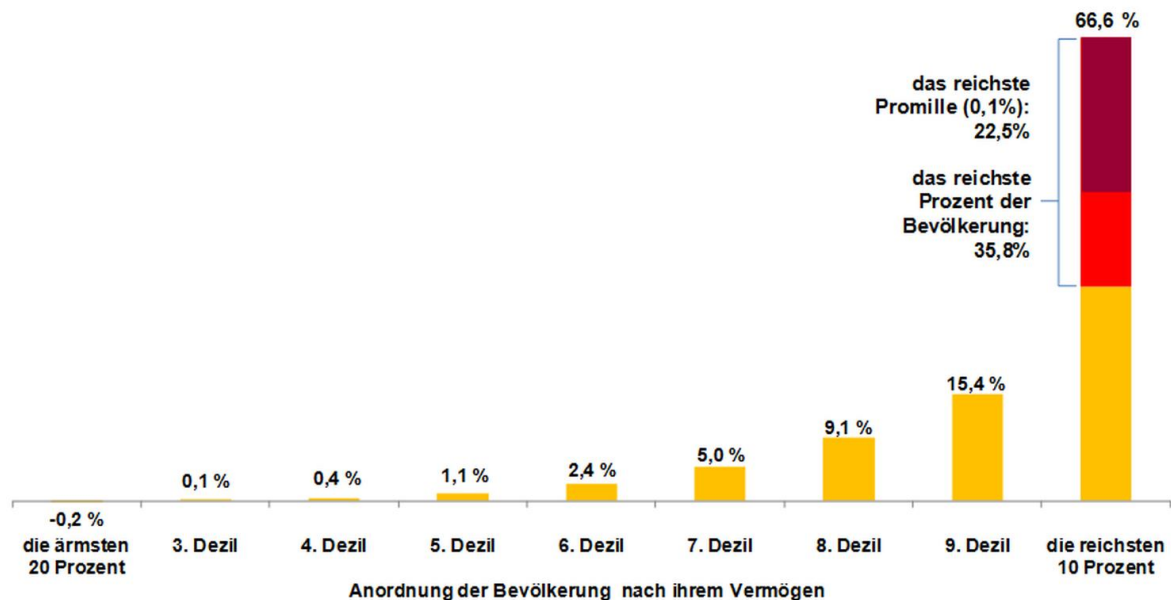
... durch gerechtere Teilhabe am Produktivitätsfortschritt und Wirtschaftswachstum:



Ein Prozent der Bevölkerung besitzt fast 40 Prozent

Verteilung des Nettovermögens privater Haushalte

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2011

Argumente der Nichtfinanzierbarkeit von Renten wegen sich wandelnden Demographie lenken vom realen Sachverhalt ab!

Soziale Spaltung sät Unfrieden!

Die/der Standard-Rentner/in

(45 Einzahljahre, Durchschnittsverdiener/in) im Vergleich:

2000	53 %	des Netto-Einkommens der aktiv Beschäftigten	1.530 €
2015	47,5 %	des Netto-Einkommens der aktiv Beschäftigten	1.370 €
2030	43 %	des Netto-Einkommens der aktiv Beschäftigten	1.240 €

Die Absenkung bis 2030 bleibt politisch festgelegt, WENN WIR UNS NICHT DAGEGEN WEHREN!

Der DGB-Stadtverband setzt sich für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Rentenpolitik ein:

- Wir halten einen Anstieg des Rentenniveaus bis 2030 auf 55 % sozial notwendig! Das entspricht 1.590 € heutiger Kaufkraft.
- Wir streben die Einführung einer Erwerbstätigen-Rente an, in die alle Beschäftigten solidarisch einbezahlen (wie in Schweiz und Österreich, vgl. Gegenüberstellung in rückseitiger Tabelle).
- Wir fordern die Einführung einer solidarischen Mindestrente von 1050 € netto.
- Vorrang hat die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung gegenüber der Förderung von zusätzlicher und privater Eigenkapitalvorsorge.
- Abzulehnen/Infrage zu stellen ist die öffentliche Mitfinanzierung von individuellen Altersrücklagen in Verbindung mit dem spekulativen Finanzmarkt. Die Finanzmarktkrise 2008 und der Riester-Flop sind warnende Beispiele.
- Renten müssen im gleichen Maße steigen wie die Löhne, auch müssen sie dem Produktionsfortschritt und Wirtschaftswachstum folgen.

Generell begreift der DGB-Stadtverband die Rentenfrage als Ausdruck des Kampfes um einen Sozialstaat, der diesen Namen verdient.

Der Mehrheit der Bevölkerung sollten keine weiteren, realen Gründe für Zukunftsängste/-sorgen geliefert werden. Geschaffener Reichtum muss solidarisch für alle reichen.

Armut im Alter kann verhindert werden! J E T Z T !

**Gemeinsam mit dem Jugendbündnis Delmenhorst setzt sich der
DGB-Stadtverband für lebenssichernde Renten ein.**

Der DGB-Stadtverband Delmenhorst fordert:

Orientierung am österreichischen Arbeits- und Rentenmodell:

	DEUTSCHLAND	ÖSTERREICH
Die durchschnittliche monatliche Altersrente betrug 2013 für Neurentner nach langjähriger Beschäftigung ...		
... für Männer:	1050 €	1820 €
... für Frauen:	590 €	1220 €
Die staatliche Nettorente eines seit 2014 arbeitenden Beschäftigten gemessen an seinem Durchschnittsverdienst nach 45 Jahren würde betragen	50 %	92 %

In Österreich bekommen die Rentner/innen nahezu das Doppelte an Rente. Wie kann das sein? Beim weiteren Vergleich fällt auf ...

	DEUTSCHLAND	ÖSTERREICH
Der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung lag 2014 bei:		
Arbeitnehmeranteil:	9,4 %	10,25 %
Arbeitgeberanteil:	9,4 %	12,55 %
So viel Ältere kamen 2015 auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren:	35	30
2014 lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter ...		
... bei Männern	62,7 Jahren	62,2 Jahren
... bei Frauen	62,7 Jahren	60,2 Jahren
Aus dem Bundeshaushalt kamen von den Einnahmen der Rentenversicherung 2012:	23,6 %	22,7 %

Weder in Sachen Rentenversicherungsbeiträge, Demographie, Renteneintrittsalter noch Bundeszuschüsse unterscheiden sich die Rentensysteme wesentlich. Die entscheidenden Unterschiede liegen:

- ... in der Österreichischen Erwerbstätigenrente: sie umfasst ebenso Beamte und Selbständige. Die Rentenkasse ist dadurch finanzkräftiger und eine Neiddebatte abgewendet. Eine solche Erwerbstätigenrente spart außerdem Verwaltungskosten. Darüber hinaus wird damit die entwürdigende Grundsicherung bei Altersarmut vermieden, die zudem unsozial finanziert ist, weil die Hauptsteuerlast derzeit die Kleinverdiener/innen tragen.
- ... darin, dass es in Österreich keine privaten Rentenversicherungen gibt, wie sie in den letzten Jahrzehnten in Deutschland eingeführt wurden. Gewinner der Umstellung zur privaten Altersvorsorge waren und sind nur die Privatversicherungen, nicht die Rentner/innen.
- ... in der österreichischen Erwerbslandschaft, wo die Anteile prekärer Beschäftigung deutlich niedriger liegen als in Deutschland. Denn wo sozialversicherte Festanstellungen das Bild bestimmen sind gute Renten finanzierbar.